

# „Die Stadt hat ihre eigene Verantwortung“

Nach Ansicht von Diplomsoziologin Helga Dill müsste sich München deutlich stärker um die Anerkennung von Leid kümmern, das Kinder während der 1960er- und 1970er-Jahre in bayerischen Heimen erlebt haben. Dafür fordert sie einen Verbund mit den Trägern

INTERVIEW VON BERND KASTNER  
UND RAINER STADLER

**München** – „Ausgeliefert und verdrängt“. So lautet der Titel einer gerade als Buch erschienenen Studie, die das Schicksal von Heimkindern in Bayern untersucht. Co-Autorin Helga Dill beschreibt im Interview, wie ehemalige Bewohner noch heute unter der Grausamkeit leiden und dass sich viele vor allem nach Anerkennung sehnen.

**SZ: In Heimen in und um München wurden viele Kinder missbraucht. Wie bewerten Sie die bisherige Aufarbeitung des Geschehens durch die Stadt München?**

Helga Dill: Für ganz Bayern gilt: Es war damals ein Versagen aller Jugendämter. Sie haben sich in den 60er- und 70er Jahren nicht um die Belange der Kinder gekümmert. Da macht die Stadt München keine Ausnahme. Ich glaube schon, dass München, als der Heimskandal ab 2006 öffentlich wurde, aufgewacht ist und sich bemüht hat. Aber vieles ist im Sande verlaufen. Auch deshalb, weil viele Akten geschreddert waren.

**Warum wird Akten so große Bedeutung beigemessen bei der Aufklärung? Welcher Täter hat schon vermerkt, dass er gern ein Kind missbraucht hat?**

Die Taten sind natürlich nicht dokumentiert. Trotzdem sind die Akten für Betroffene ganz wichtig, um mehr über ihre eigene Geschichte zu erfahren. Sie wissen oft ganz wenig, gerade wenn sie sehr jung ins Heim gekommen sind. Manche waren Babys. Da fehlt viel Wissen über die eigenen Familien. Das zu erfahren ist wichtig für die individuelle Aufarbeitung. Verbunden ist damit die Hoffnung, die eigene Erinnerung zu verifizieren. Wer war damals in dem Heim? Wie hieß die Nonne, die mich so gequält hat? Betroffene haben oft keine genaue Erinnerung mehr, die Personen verschwimmen zu einem großen Konglomerat von Grausamkeit.

**Heimträger nutzen fehlende Akten mitunter als Vorwand, die Aufklärung zu beenden, ehe sie begonnen hat.**

Die Einrichtungen müssen mit Zeitzeugen und Betroffenen sprechen. Auch so lassen sich Verantwortlichkeiten klären. Oft aber wird abgewiegelt: Na ja, die pädagogischen Methoden waren damals halt so. Es ging uns doch darum, den Kindern ein Dach über dem Kopf zu geben, sie zu ernähren und in die Schule zu schicken.

**Missbrauch war auch damals verboten. Richtig.**

**Was muss passieren bei der Aufklärung?**

Es gibt immer noch viel zu viele Betroffene, die unter den Folgen leiden. Die an der Schwelle zum Alter stehen oder schon alt sind und ganz große Angst haben, dass sie noch mal in ein Heim müssen. Das wäre ganz schrecklich für viele. Da könnten die Verantwortlichen noch viel Hilfe leisten, indem sie sich bemühen, die Folgen im Alter zu dämpfen. Auch materiell lässt sich noch einiges tun für die Betroffenen. Was sie vom Fonds Heimerziehung bekamen, war nicht berauschend.

**Unter Missbrauchsoffern sind die Heimkinder am wenigsten beachtet worden**

**Sie meinen die 10 000 Euro pro Person. Viele Betroffene halten diese Summe für beschämend gering.**

Besonders beschämend war die Auszahlung als Sachleistung. Das erinnert an den Umgang mit Obdachlosen, wenn man sagt: Weil der das Geld nur versauen würde, kauf ich ihm eine Wurstsemmel. Entsprechend dachte man bei ehemaligen Heimkindern: Denen können wir nicht einfach 10 000 Euro aufs Konto überweisen. Dieses Vorgehen ist eine Abwertung der Betroffenen.

**Wie könnten verantwortliche Institutionen Betroffenen das Alter erleichtern?**

Man könnte Beratung anbieten. Diese Menschen verdienen Aufmerksamkeit in der Altenhilfe. Mit traumatisierten Menschen hat man in dem Bereich noch nicht sehr viel Erfahrung.

**Würde ihnen auch Geld helfen?**

Definitiv. Viele ehemalige Heimkinder hatten keine wirkliche Chance, einen vernünftigen Beruf zu erlernen. Ein großer Teil bezieht Leistungen aus dem Alterssystem. Hartz IV führt direkt in die Altersarmut.

**Die Stadt München hat mehrmals versprochen, in den Bundes-Fonds für Heimkinder einzuzahlen. Tatsächlich ist das nie passiert, der Freistaat hat den Anteil übernommen. Die Stadt hat sich das Geld also gespart. Zusätzliche individuelle Zahlungen lehnt das Rathaus ab mit der Begründung: Das wäre ungerecht gegenüber Betroffenen aus anderen Kommunen.**

München könnte doch Vorreiter sein und sagen: Wir erkennen unsere Verantwortung dadurch an, dass wir den Münchner „Kindern“ zusätzlich etwas zahlen, und das können sich die anderen Kommunen dann auch überlegen.

**Im Missbrauchskomplex rund um die Heime in Oberammergau und Feldafing gibt es diverse Verantwortliche – katholische Orden, Bistum Augsburg, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Stadt München. Man**

**che haben erst vor kurzem angefangen, sich intensiver mit dem Thema zu beschäftigen. Wie ist das zu erklären?**

Die ehemaligen Heimkinder haben unter den Missbrauchsbedingten am wenigsten Gehör gefunden. Dabei waren sie die erste Gruppe, die öffentlich auf sich aufmerksam gemacht hat, 2006, mit einer Petition an den Bundestag. Trotzdem sind später die früheren Internatskinder stärker durchgedrungen. Die Heimkinder hat man einfach vergessen.

**Was ist falsch gelaufen?**



Helga Dill ist Geschäftsführerin des Instituts für Praxisforschung und Projektberatung (IPP) in München. Die Diplomsoziologin hat mit Kollegen zusammen Missbrauch und Misshandlung in Kinderheimen untersucht. FOTO: YOAV KEDEM

Dass der Fonds Heimerziehung auf Bundesebene nach ein paar Jahren geschlossen wurde. Damit gilt in der Politik dieses Thema als abgehakt: Wir haben ja etwas getan für die ehemaligen Heimkinder, sie haben Aufmerksamkeit bekommen, Geld, sogar ein bisschen Rentenzahlung. Was den Betroffenen widerfahren ist, interessiert gar nicht so sehr. Man erkennt es am noch immer großen Erstaunen darüber, wie groß der Anteil derjenigen ist, die sexualisierte Gewalt im Heim erlebt haben.

**Wie hoch?**

Man geht von jedem Dritten aus. Die Öffentlichkeit macht sich kaum eine Vorstellung, wie es in den Heimen bis in die 70er-Jahre zugeht. Die Träger der Heime und die Aufsichtsbehörden müssen genauer hinschauen, was passiert ist. Aber ohne Druck von außen passiert das nicht.

**Bräuchte es auch Druck des Staates?**

Das wäre wünschenswert. Es wäre so wichtig, noch stärker auf die Anerkennungskultur zu schauen.

**Was meinen Sie damit?**

Dass diese Unrechtserfahrung anerkannt wird. Seit 1949 gilt das Grundgesetz und trotzdem passierten systematische Menschenrechtsverletzungen in den Heimen. Das müsste in einem öffentlichen Anerkennungsakt aufgearbeitet werden. Und warum nicht ein Denkmal oder ein Museum. Etwas, was bleibt. Um deutlich zu zeigen, wie in der Bundesrepublik mit Kindern umgegangen wurde, ohne dass irgendjemand das angeklagt hätte.

**Weil sich der Staat raushält, ist die Aufklärung den Institutionen selbst überlassen. Sie beauftragen meist Fachleute wie Sie vom Institut für Praxisforschung und Projektberatung (IPP). Können Sie unabhängig arbeiten?**

Wenn wir die Unabhängigkeit nicht garantiert bekommen, fangen wir nicht an.

**Was heißt das konkret?**

Dass wir Zugang zu allen Akten und Personen bekommen, die wir brauchen. Und dass wir unsere Ergebnisse unabhängig vom Auftraggeber veröffentlichen können.

**Was passiert, wenn es läuft wie im Erzbistum Köln und der Auftraggeber eine Veröffentlichung verhindert?**

Dann würden wir die SZ anrufen (lacht). **Sitzt nicht immer der Auftraggeber am längeren Hebel?**

Natürlich ist das eine schwierige Konstruktion, wenn die Täterorganisation den Auftrag unterschreibt und bezahlt. Wir versuchen, vertraglich so gut es geht abzusichern, dass wir Herr über unsere Ergebnisse bleiben. Bisher hatten wir immer einen Beirat mit Betroffenen an der Seite.

**Das IPP war auch für die Stadt München tätig, es könnten weitere Aufträge aus dem Rathaus kommen. Können Sie sich noch kritisch zur Stadt äußern?**

Es fällt mir nur deshalb schwer, weil wir das Agieren der Stadt nicht untersucht haben, weshalb ich nicht pauschal kritisieren will. Aber ich denke, dass die Stadt München noch in der Bringschuld ist in Sachen Kinderheime.

**Die Stadt sagt, es sei Aufgabe der Heimträger, die Vergangenheit aufzuarbeiten, auch dann, wenn von Missbrauch betroffene Kinder unter städtischer Amtsvormundschaft dorthin geschickt wurden.**

Die Stadt hat eine eigene Verantwortung. Es geht um Menschen, denen ihre Kindheit und Jugend gestohlen wurde. Es fehlt jemand, der sagt: Wir haben große Fehler gemacht, das tut uns leid. Und wir versuchen gemeinsam mit den Betroffenen, etwas zu entwickeln, dass dieses Unrecht nicht vergessen wird.

**Die Stadt ist ein wichtiger Akteur, aber nur einer von vielen.**

Man sollte sich die Verantwortung nicht gegenseitig zuschieben. Die Institutionen müssten versuchen, stärker gemeinsam aufzuarbeiten. Die Stadt und alle Träger könnten sich zu einem Verbund zusammenschließen. Es braucht jemanden, der die Initiative ergreift. Das könnte die Stadt sein. Einer muss anfangen.

## Panne im Paritätischen

Was ist im „Haus Maffei“ geschehen? Wer hat Kinder dort missbraucht? Wer hat davon gewusst? Der Paritätische Wohlfahrtsverband versichert, dies klären zu wollen. In der Villa am Starnberger See hat der Landesverband Bayern bis 1972 ein Kinderheim betrieben. Mehrere ehemalige Heimkinder berichten von schwerem Missbrauch in den 60er-Jahren. Einer der Haupttäter war offenbar der verstorbene damalige Ortspfarrer; das Bistum Augsburg hat die Taten anerkannt. Zudem sollen laut früherer Bewohner auch Heimmitarbeiter involviert gewesen sein.

Der Vorstand des Paritätischen wurde nach eigener Darstellung vergangenen Herbst völlig überrascht, als er von einer privaten Recherchegruppe von den Vorwürfen erfuhr. Dabei war der Verband längst informiert worden. Ein früherer Vorstand räumt im Gespräch mit der SZ ein, dass er vor rund elf Jahren ein früheres Heimkind besuchte. Der Mann habe von sexualisierter Gewalt berichtet. „Ich habe ihm zugesagt, mich seiner Angelegenheit anzunehmen, wenn er das

will“, so der Vorstand. Doch der Betroffene habe sich nicht mehr gemeldet, und er, der Vorstand, habe nicht ohne dessen Einverständnis nachforschen wollen. Wenig später ging der Vorstand in den Ruhestand.

„Wir bedauern es sehr, dass es damals versäumt wurde, den Aufklärungsprozess zu beginnen“, heißt es heute aus dem Vorstand. Margit Berndl zeigt sich „verärgert“ über ihren Vorgänger. Es seien elf Jahre verstrichen, in denen man den Betroffenen Hilfe hätte anbieten können. Sie verspricht, die Aufklärung schnellst möglich voranzutreiben. Man habe mit Annette Eberle, Professorin an der Katholischen Stiftungshochschule, eine Expertin mit einer Vorstudie beauftragt. Man wolle auch Hinweisen auf ein mögliches Netzwerk aus Tätern und Mitwissern nachgehen; diesen Verdacht formuliert die Recherchegruppe. Zu drei ehemaligen Heimkindern habe der Verband Kontakt, man übernehme Therapiekosten, sagt Berndl. Diese Betroffenen müssten sich nicht erneut erklären. „Wir glauben ihnen.“ BEKA, STAD